



Klimaschutz

Mit der Wirtschaft zum Erfolg



IHK

Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag

Inhalt

1. Klimaschutz: Wirtschaftlichkeit als Leitgedanke	3
Unternehmen engagieren sich vielfältig	4
Potentielle Zukunftstechnologien im Blick	5
Erfolgreicher Klimaschutz in der Wirtschaft	5
2. Mobilität: Koordiniert, verlässlich und marktorientiert	6
Die Wirtschaft engagiert sich	7
Impulse an die Politik	9
3. Energieerzeugung: Sicher, zukunftsorientiert und nachhaltig	12
Die Wirtschaft engagiert sich	14
Impulse an die Politik	16
4. Industrie: Effizient, innovativ und zuverlässig	18
Die Wirtschaft engagiert sich	16
Impulse an die Politik	21
5. IHK: Maßnahmenpakete zum Schutz des Klimas	25

1. Klimaschutz

Wirtschaftlichkeit als Leitgedanke

Die baden-württembergische Wirtschaft bekennt sich – ungeachtet der Corona-Pandemie – ausdrücklich zum Klimaschutz und betrachtet ihn als sehr wichtige Aufgabe. Ebenso bilden die Nachhaltigkeitsziele sowie das Pariser Abkommen maßgebliche Leitplanken des wirtschaftlichen Handelns im Land. Diese Ziele können jedoch nur erreicht werden, wenn für die Unternehmen neben Umweltverträglichkeit auch Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit berücksichtigt und miteinander in Einklang gebracht werden. Richtig umgesetzt, kann eine marktwirtschaftliche Reform der Klimapolitik zusätzliche Impulse für nachhaltiges Wachstum leisten und klimafreundliche Innovationen erleichtern. Der europäische Green Deal kann hier ein wichtiger Schritt sein. Zentral ist dabei die Aussage des Sachverständigenrates von 2019: „Eine Klimapolitik, die volkswirtschaftliche Erwägungen ausblendet, ist letztlich zum Scheitern verurteilt“. Denn es gilt, dass Kosteneffizienz auch beim Klimaschutz eine zentrale Größe ist und bleiben wird.

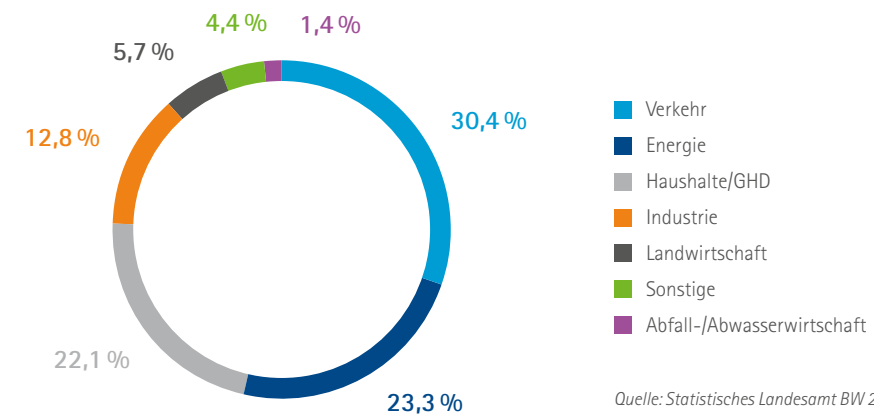
Ein Blick auf die Emissionen in Baden-Württemberg zeigt, dass ein Weg über technische Maßnahmen zum Erfolg führen kann. Im Jahr 2017 wurden 78,7 Millionen Tonnen Treibhausgase ausgestoßen. Damit sanken die Emissionen gegenüber 1990 um 10,7 Millionen Tonnen – trotz des Wirtschaftswachstums. Sektoral betrachtet, stammte der Großteil der Treibhausgas-Emissionen aus dem Verkehrsbereich (30,4 Prozent). Es folgt mit 23,3 Prozent der Energiesektor (öffentliche Wärme- und Heizkraftwerke, Fernheizwerke und sonstige Energieerzeuger). Nahezu gleich groß ist der Anteil des Sektors Haushalte/Gewerbe-Handel-Dienstleistungen mit 22,1 Prozent. Die Industrie-Emissionen aus industriellen Feuerungsanlagen, Wärmekraftwerken und sonstiger Energieumwandlung umfassen zusammen 12,8 Prozent der gesamten Emissionen in Baden-Württemberg. Der Rest wird von der Landwirtschaft und der Abfall- und Abwasserwirtschaft emittiert.

Zitiert

„Eine Klimapolitik, die volkswirtschaftliche Erwägungen ausblendet, ist letztlich zum Scheitern verurteilt.“

Sachverständigenrat 2019

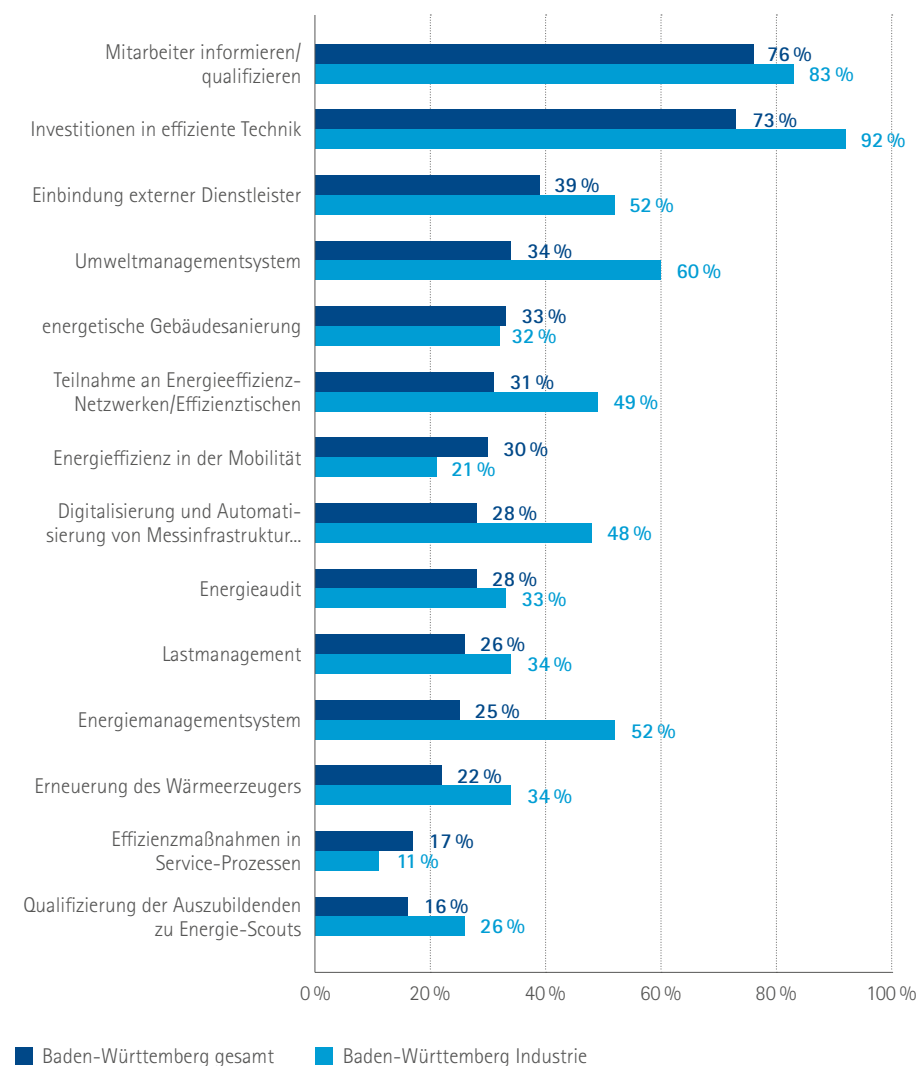
Abb. 1: Treibhausgas-Emissionen in Baden-Württemberg 2017 nach Sektoren



Unternehmen engagieren sich vielfältig

Die Verringerung dieser Emissionen ist Ziel der Wirtschaft. Zahlreiche Unternehmen setzen bereits klimafreundliche Innovationen bei Produkten, Dienstleistungen und in der Produktion um, die den Klimaschutz unterstützen, sind im Energie- und Umweltmanagement aktiv und erhöhen ihre Energie-Produktivität und -Effizienz. Betrachtet man die Maßnahmen im Bereich Energieeffizienz genauer, so sind „Information und Qualifikation von Mitarbeitern“ die am häufigsten ergriffenen Instrumente, dicht gefolgt von Investitionen in effiziente Technik.

Abb. 2: Maßnahmen, die die Unternehmen in Baden-Württemberg und speziell die Industrie in Baden-Württemberg zur Steigerung der Energieeffizienz ergreifen (Angaben in Prozent der antwortenden Unternehmen, Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: DIHK-Energiewendebarenometer 2019, BW-Auswertung

Potentielle Zukunftstechnologien im Blick

Aus Sicht der Wirtschaft ist auch der Einsatz CO₂-neutraler und CO₂-armer Gase zur Erreichung der ambitionierten Klimaschutzziele notwendig. Insbesondere Wasserstoff kann aufgrund seiner vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten hier eine zentrale Rolle spielen. Vorteile bietet Wasserstoff für das Energiesystem als Ganzes: Wasserstoff und seine chemischen Verbindungen können über größere Distanzen transportiert und über längere Zeiträume hinweg gespeichert werden. Vor allem aufgrund dieser Eigenschaften bietet er sich als wichtige Ergänzung zu den volatilen erneuerbaren Energiequellen im Stromsektor an. Für den Transport und die Speicherung von Wasserstoff kann dabei auf die bestehende Gas-Netz-Infrastruktur zurückgegriffen werden. Power-to-Gas-Anlagen schlagen im Sinne der Sektorenkopplung eine Brücke zwischen Strom- und Gassektor und reduzieren zugleich die Kosten für die Energiewende im Vergleich zu einem vollelektrischen Szenario. Die Entwicklung einer Wasserstoffwirtschaft bietet schließlich die Chance, die starke Position deutscher Technologie- und Systemanbieter auf den Weltmärkten auszubauen und regionale Wertschöpfungsnetzwerke zu entwickeln. Schließlich kann die Erzeugung von Wasserstoff den Windenergieanlagen eine wirtschaftliche Perspektive bieten, für die ab 2021 die EEG-Förderung endet und die sonst in windstarken Zeiten aufgrund von Netzengpässen aberegelt würden und so ohne jede Einnahme blieben.

Damit Unternehmen Wasserstoff in der Produktion oder zur Energiegewinnung einsetzen, ist ein Markt notwendig, auf dem CO₂-neutraler Wasserstoff als qualitativ hochwertiges, verständliches und sicher handhabbares Produkt angeboten wird. Zentrale Voraussetzung ist zudem, dass Wasserstoff preislich mit fossilen Alternativen konkurrieren kann. Hierfür sollte ein kosteneffizienter und nachfrageorientierter Markthochlauf gestaltet werden. Dabei ist eine technologieneutrale Definition von CO₂-neutral erzeugtem Wasserstoff erforderlich. Eine stetige Nachfrageentwicklung ist die beste Voraussetzung für Investitionen in Anlagen zur Produktion und zum Transport von Wasserstoff. Wie dies gelingen kann, sollte in engem Austausch mit der Wirtschaft entschieden werden.

Erfolgreicher Klimaschutz in der Wirtschaft

Die Industrie- und Handelskammern (IHKs) führen Klimaschutzmaßnahmen durch und unterstützen gleichzeitig die Betriebe darin, noch klimafreundlicher zu sein. Vor diesem Hintergrund zeigt dieses klimapolitische Impulspapier geeignete Ansätze auf, um passende klimaschutzpolitische Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu setzen. Damit leistet der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) als Sprachrohr der zwölf IHKs im Land und von 650 000 Unternehmen einen Beitrag zur politischen Diskussion. Aufgeteilt in die Bereiche Mobilität, Energieerzeugung sowie Industrie werden klimapolitische Leuchtturmprojekte ausgewählter Betriebe dargestellt. Anknüpfend werden politische Handlungsempfehlungen formuliert, um den Klimaschutz weiter voranzutreiben. Abschließend wird auszugsweise das Engagement der IHKs beleuchtet.



Gut zu wissen

Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg bietet Förderprogramme sowie ausgewählte EU-Programme der Bereiche betrieblicher Umweltschutz, Energie, Wasser, Klimaschutz und Umwelttechnik an.

Mehr Informationen unter:



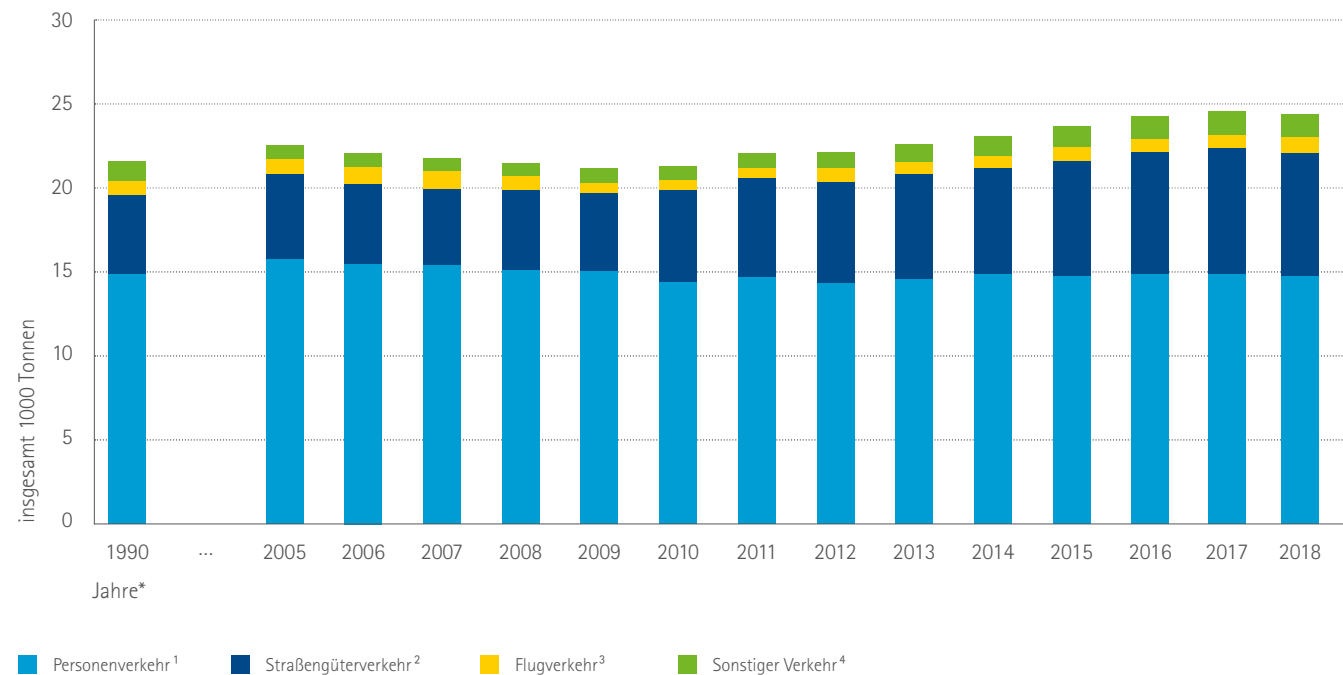
2. Mobilität



Koordiniert, verlässlich und marktorientiert

Fließender Verkehr ist klimafreundlicher als stehender Verkehr. Die vorhandene Infrastruktur sollte daher durch innovative Instrumente besser genutzt werden, um so den Klimaschutz zu stärken. Denn nur durch einen reibungslosen und flüssigen Verkehr wird unnötiger CO₂-Ausstoß vermieden. Die Verkehrsinfrastruktur von Straße, Schiene, Wasserstraße und Luftverkehr als wichtiger Standortfaktor auf allen Ebenen sollte auch zukünftig dem Bedarf entsprechend in gutem Zustand erhalten, ausgebaut und optimiert werden. Für die exportorientierte Wirtschaft des Landes ist die verkehrliche Anbindung an überregionale, europäische und weltweite Absatz- und Beschaffungsmärkte existenziell. Aber auch der intraregionale Warenaustausch sowie die Ver- und Entsorgung aller Wirtschafts- und Lebensbereiche kann nur mit einer gut ausgebauten Infrastruktur bewältigt werden. Daher sollte sich die Entwicklung der gesamten Verkehrsinfrastruktur über alle Verkehrsträger hinweg an den Bedürfnissen der Unternehmen orientieren.

Abb. 3:
Energiebedingte CO₂-Emissionen des Verkehrs in Baden-Württemberg seit 1990



Datenquellen: Länderarbeitskreis „Energiebilanzen“, Verkehrszählungsergebnisse der Landesstelle für Straßentechnik Baden-Württemberg und eigene Modellrechnungen.
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2020

- * Werte ab 1995 berechnet mit Handbuch Emissionsfaktoren des Straßenverkehrs HBEFA 4.1 (August 2019).
- 1 Diesel-Pkw, Otto-Pkw, Busse und Krafträder
- 2 leichte und schwere Nutzfahrzeuge.
- 3 nationale und internationale Flüge
- 4 Schienenverkehr, Binnenschifffahrt und Off-Road-Verkehr

Die Wirtschaft engagiert sich

Die Unternehmen im Land gehen bei der umweltfreundlichen Mobilität schon voran. Jedes fünfte Unternehmen in Baden-Württemberg verfügt bereits über mindestens ein Elektrofahrzeug, ein weiteres Drittel plant die Anschaffung oder setzt diese gerade um. Den Aufbau von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge nehmen die Südwest-Betriebe selbst in die Hand und zeigen vergleichbares Engagement wie bei der Anschaffung. Im Folgenden sind Beispiele für unternehmerisches Klimaengagement dargestellt.

TEVA GmbH

TEVA GmbH, Ulm, ist ein pharmazeutisches Unternehmen und kann auf eine über 100-jährige Geschichte zurückblicken. Das weltweit tätige Unternehmen beschäftigt aktuell in Europa über 18 700 MitarbeiterInnen. Die TEVA GmbH ist seit 1996 als erster pharmazeutischer Hersteller in Deutschland EMAS zertifiziert und seit 2001 auch nach der Norm ISO 14001. Im Bereich Mobilität ist die TEVA GmbH ebenfalls Vorreiter. Mitarbeitenden stehen für die Fahrt zwischen Ulm und Blaubeuren/Weiler Elektroautos zur Verfügung. Die Energie hierfür wird regenerativ mit einer speziell für diesen Zweck installierten Photovoltaikanlage gewonnen. Auch der CO₂-Ausstoß des Lkw-Fuhrparks pro gefahrenen Kilometer konnte weit unter Branchendurchschnitt gesenkt werden. Auf den Strecken, auf denen es infrastrukturell möglich ist, rüstet TEVA seine Flotte auf Flüssigerdgas um. Zusätzlich zur nachhaltigen Mobilität ist der Standort Ulm und Blaubeuren/Weiler der erste des internationalen Konzerns, der 100 Prozent grünen Strom bezieht. In den Jahren 2020 bis 2022 werden dadurch über 40 000 Tonnen CO₂ und fast 10 Kilogramm radioaktiver Abfall eingespart.

Roc-Ket CARGO Bikes GmbH

Die Roc-Ket CARGO Bikes GmbH, Freiburg im Breisgau, wurde 2015 von Thomas Ketterer als Lastenradmanufaktur gegründet. Sehr spezielle Lastenräder für den Speditionsbetrieb auf Euro-Palettenbasis, mit Zuladungen bis 500 kg Gesamtgewicht, werden mittlerweile im Dauerbetrieb weiter konzipiert und optimiert. Die Grundspezifikation der Fahrzeuge beruht auf Pedelec-Antrieben mit kraftvollen Elektromotoren, kapazitätssichernden Wechselakkus und betriebssicheren Systemsteuerungen. Seit September 2018 betreibt die Roc-Ket CARGO Bikes GmbH zusätzlich einen City Hub der Firma VeloCARRIER, Tübingen. Diese Kooperation im Franchisebetrieb ist fokussiert auf die emissionsfreie und nachhaltige Innenstadtlogistik. Basis für diese erste erfolgreiche Expansion war auch die Teilnahme am Smart Green Accelerator-Programm. Die vorhandenen Erfahrungen in der jahrzehntelangen Belieferung der Pharmaindustrie mit Gefahrgut und Primär-Packmitteln, ermöglichen seit Ende 2019 die 100%-ig klimaneutrale Versorgung der Freiburger Universitätskliniken für die global aufgestellten Dienstleister DACHSER und UPS. Im Bereich des umweltschonenden Endverbraucher-Service sind BAUHAUS, BADENOVA und Amazon geschätzte Partner.



KOLIBRI GmbH

KOLIBRI GmbH in Kernen, gegründet 1996, ist eine Werbeartikel- und Fullservice-Agentur mit rund 40 Angestellten. Seit 2013 ist KOLIBRI ISO 9001 zertifiziert und durch CO₂-Kompensation seit Firmengründung ein klimaneutrales Unternehmen. Der CO₂-Ausstoß wird jedes Jahr neu berechnet und durch Klimaschutzmaßnahmen in Uganda ausgeglichen. Der Strombedarf wird derzeit zu 85 % durch die hauseigene Photovoltaik-Anlage abgedeckt, mit Installation eines eigenen Batteriespeichers im Juli 2020 steigt dieser Anteil auf über 90%. Der Fuhrpark von KOLIBRI umfasst inzwischen fünf E-Autos und zwei Hybrid-Fahrzeuge, Tendenz steigend. Die komplette E-Flotte kann direkt an den beiden hauseigenen Ladestationen geladen werden. Darüber hinaus können alle Mitarbeiter ein E-Bike leasen und erhalten pro gefahrenen KM einen Zuschuss. Mitarbeitern, die täglich mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit pendeln, wird das Monatsticket bezahlt. KOLIBRI spart durch seine Nachhaltigkeitsstrategie, die alle Bereiche des Wirtschaftens mit einem konsequenten Energie- und Ressourcenmanagement umfasst, pro Jahr etwa 26 Tonnen CO₂ ein.

BODAN Großhandel für Naturkost GmbH

Die BODAN Großhandel für Naturkost GmbH, Überlingen, wurde 1987 gegründet. Aktuell versorgen die rund 220 Mitarbeitenden mehr als 500 selbständige Hof- und Naturkostläden in Süddeutschland mit Biowaren. 2016 hat das Unternehmen ein Umweltmanagementsystem eingeführt, zertifiziert nach EMAS und ISO 14001. Da der weitaus größte Teil des CO₂-Ausstoßes durch den Warentransport verursacht wird, arbeitet BODAN konsequent daran, die Treibhausgas-Emissionen des Fuhrparks so weit wie möglich zu reduzieren – durch Investitionen in alternative Technologien, durch spritsparende Fahrzeuge und intelligente Konzepte. Der Fuhrpark besteht aus 25 Kühl-Lkw von 3,5 bis 40 Tonnen, 7 davon fahren mit ökologisch vorteilhaften Kraftstoffen oder Antrieben (2 LNG, 3 CNG, 2 Hybrid). An der hauseigenen Zapfsäule tanken die verbleibenden Diesel-Lkw Kraftstoff, der durch Zertifikate CO₂-neutral gestellt ist. Für geringere Abgasbelastung sorgen zudem alternative Transportkühlungen und ein Doppelstock-Anhänger.



Impulse an die Politik

Diese Unternehmensbeispiele verdeutlichen plastisch die bereits erreichten Erfolge des unternehmerischen Klimaschutzengagements. Der Verkehrssektor bietet darüber hinaus weiter umfassendes klimapolitisches Potential, was es zu erschließen gilt. Allerdings gilt dabei: Eine erhebliche Verbesserung der CO₂-Bilanz im Verkehr ist nur durch die Umsetzung einer Vielzahl von lokalen Einzelmaßnahmen zu erreichen. Aus Sicht der Wirtschaft kann das Engagement der Unternehmen bestmöglich unterstützt werden, wenn folgende Rahmenbedingungen beachtet werden:

Technologieoffenen Maßnahmenmix etablieren



Die unterschiedlichen Anforderungen von Personenbeförderung und Transport bis zum Schwerlastverkehr erfordern auch weiterhin einen Mix aus verschiedenen Antriebstechnologien. Dies bedeutet, dass neben der Elektromobilität auch der weiterentwickelte Verbrennungsmotor auf längere Sicht – unter Klimaschutz Gesichtspunkten – unverzichtbar bleiben wird. Vor diesem Hintergrund ist auch zukünftig eine moderne und zeitgemäße Dieseltechnologie erforderlich.

Die unterschiedlichen Antriebsstränge sind auch in der Gesamtheit als Lösungsansatz anzusehen, da sie die individuellen Anforderungen der Verkehre aufgreifen. Grundsätzlich sollte Technologieoffenheit das Maß sein. Fast die Hälfte der deutschen Unternehmen hat sich bereits mit dem Thema E-Fahrzeug und/oder Ladeinfrastruktur auseinandergesetzt. Aufgrund der hohen Anzahl geplanter Maßnahmen ist vom weiteren Wachstum in diesem Segment auszugehen. Auch jenseits von den aktuell vieldiskutierten Elektrofahrzeugen werden andere alternative Antriebe (CNG, LPG, Biokraftstoffe, Wasserstoff) interessanter. Hier ist die Anschaffungsneigung der Betriebe gestiegen. Dieses verstärkte Interesse ist branchenübergreifend zu beobachten. Allerdings haben sich bundesweit erst sechs Prozent der Unternehmen solche Fahrzeuge angeschafft und damit deutlich weniger als bei der Elektromobilität. Daher sollten technologieoffene Förderungen die individuelle Bereitschaft und Bedarfe der Unternehmen aufgreifen, um bestmögliche Resultate beim Klimaschutz zu erzielen. Auch bei den politischen Strategien für einzelne Technologien zeigt sich Optimierungspotential. So ist darauf zu achten, dass landesseitig entwickelte Strategien an die Maßnahmen des Bundes anschlussfähig sind. Das betrifft sowohl die Aktivitäten aus dem Strategiedialog Automobilwirtschaft Baden-Württemberg als auch die eigene Wasserstoffstrategie des Landes.

Gut zu wissen



Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) versendet regelmäßig den Newsletter „Innovationsnachrichten“. Damit hält Sie der DIHK über forschungspolitische und technologierelevante Nachrichten aus Brüssel und Berlin auf dem Laufenden.

Mehr Informationen und Anmeldung:



Klimaverträgliche Kraftstoffe stärken



Die Herstellung und Anwendung klimaverträglicher Kraftstoffe ist insbesondere in Verkehrssegmenten ohne Elektromobilitätspotential voranzutreiben. Anhand emissionsarmer Kraftstoffe kann auch die sonstige Schadstoffbelastung durch den Verkehr lokal stark begrenzt werden. Bei der staatlichen Förderung ist ein Wettbewerb der Technologien zu fördern, einseitige Konzentration auf eine Technologieform dagegen zu vermeiden. Eine Möglichkeit könnte die Anrechenbarkeit beim Einsatz alternativer Kraftstoffe (z. B. sog. „eFuels“) auf den Flotten-CO₂-Ausstoß sein, um deren technische und wirtschaftliche Entwicklung und Einführung anzuregen, allerdings sind auch Stimmen aus der Wirtschaft zu vernehmen, an den bestehenden Regelungen nichts mehr zu verändern.



Verkehrsbetriebe bei alternativen Antrieben in den Fokus nehmen



Insbesondere für private Busunternehmen ist der Umstieg auf alternative Antriebe eine große Herausforderung. Fehlende Verfügbarkeiten, lange Lieferzeiten und hohe Kosten der Fahrzeuge sind derzeit die schwierigsten Hürden. Vor allem beim Umstieg auf E-Busse wird dies deutlich. Im Vergleich zu Dieseln sind die Anschaffungskosten nahezu doppelt so hoch. Die Fahrzeuge können außerdem nur für geringe Reichweiten eingesetzt werden, die nicht dem Tageinsatz entsprechen. Erschwerend kommt die fehlende Infrastruktur hinzu. Der Ausbau der Tank- und Ladeinfrastruktur für alternative Antriebe sollte stärker unterstützt und schleunigst vorangetrieben werden. Hinsichtlich bestehender Förderprogramme sollten diese auf die praktische Anwendbarkeit für die Wirtschaft überprüft werden.

Transportunternehmen im Güterverkehr kann der Umstieg auf emissionsarme Lkw nur gelingen, wenn attraktive Fahrzeuge mit Elektro-, Brennstoffzellen- und Gasantrieben auf den Markt kommen und vorübergehend auch mit finanziellen Anreizen unterstützt werden.

Verkehrsfinanzierung nachhaltig sichern



Der beschleunigte Ausbau der Infrastruktur führt in der Folge zu weniger Stau, Lärm und Umweltbelastung. So kann der CO₂-Ausstoß des Verkehrssektors reduziert werden. Daher ist es wichtig, dass eine Zweckbindung bei der Verkehrsfinanzierung eingeführt wird, sollten nicht ausreichend Mittel aus dem Haushalt zur Verfügung stehen. Erst mit dem Modell einer Nutzungsgebühr für alle Fernstraßennutzer würde die Voraussetzung dafür geschaffen, dass Finanzmittel für den Fernstraßenbau vollkommen unabhängig von der Lage des allgemeinen Staatshaushalts zur Verfügung stünden und ein echter, eigenständiger Finanzierungskreislauf hergestellt wäre. Auch bei diesem Schritt zur langfristigen Sicherstellung der Fernstraßenfinanzierung müssten die Mittel aus dieser Gebühr in vollem Umfang für Unterhalt, Instandsetzung und Investitionen in die Fernstraßen verwendet werden (strenge Zweckbindung). Die oft diskutierte City-Maut könnte zwar einerseits gegebenenfalls zur Verkehrsberuhigung und Umweltentlastung beitragen, aber andererseits bedeutet dies auch eine Schwächung des Standorts „Innenstadt“. Hinsichtlich der City-Maut und ähnlicher Abgaben sind diese sorgfältig abzuwägen.

Bremsen lösen und Verkehrsfluss verstetigen



Die Wirtschaft fordert, alle Regelungen und Maßnahmen zu unterlassen, die sich negativ auf die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auswirken können. Dazu gehören insbesondere generelle Lkw-Überholverbote sowie Lkw-Durchfahrtsverbote, die zu Ausweich- und Umwegverkehren führen. Die zeitweise Mitnutzung von Standstreifen auf den Autobahnen ist auf geeigneten Abschnitten zu prüfen, wenn dies der Verflüssigung des Verkehrs dient. Ebenso sollte die Taktung des öffentlichen Personennahverkehrs auf Schiene und Straße immer wieder überprüft und gegebenenfalls optimiert werden. Eine entsprechende Nutzung digitaler Anwendungen zur besseren Steuerung des Verkehrsaufkommens auf Autobahnen und im ÖPNV sollte rasch angegangen werden. Hierzu sind seitens der öffentlichen Hand angemessene Mittel bereitzustellen.

Als weitere Maßnahme sollten Ökoliner (Lang-Lkw) auf unseren Straßen umfassend erlaubt sein. Die Freigabe für Ökoliner in Baden-Württemberg ist zentral, um schnell und wirkungsvoll den CO₂-Ausstoß bei Güterverkehren reduzieren zu können. Dass diese Lastkraftwagen Vorteile haben und diese auch ausspielen werden, steht außer Frage – zwei Ökoliner können drei herkömmliche Lkw ersetzen. Jede CO₂-Einsparung ist ein Gewinn für Mensch und Umwelt und sollte auch durch den Einsatz von entsprechenden Lkws im Land ermöglicht werden. Durch weniger Fahrzeuge kann zudem der Verkehrsfluss verstetigt werden, was zudem CO₂ einspart, denn Standverkehre werden reduziert.



3. Energieerzeugung

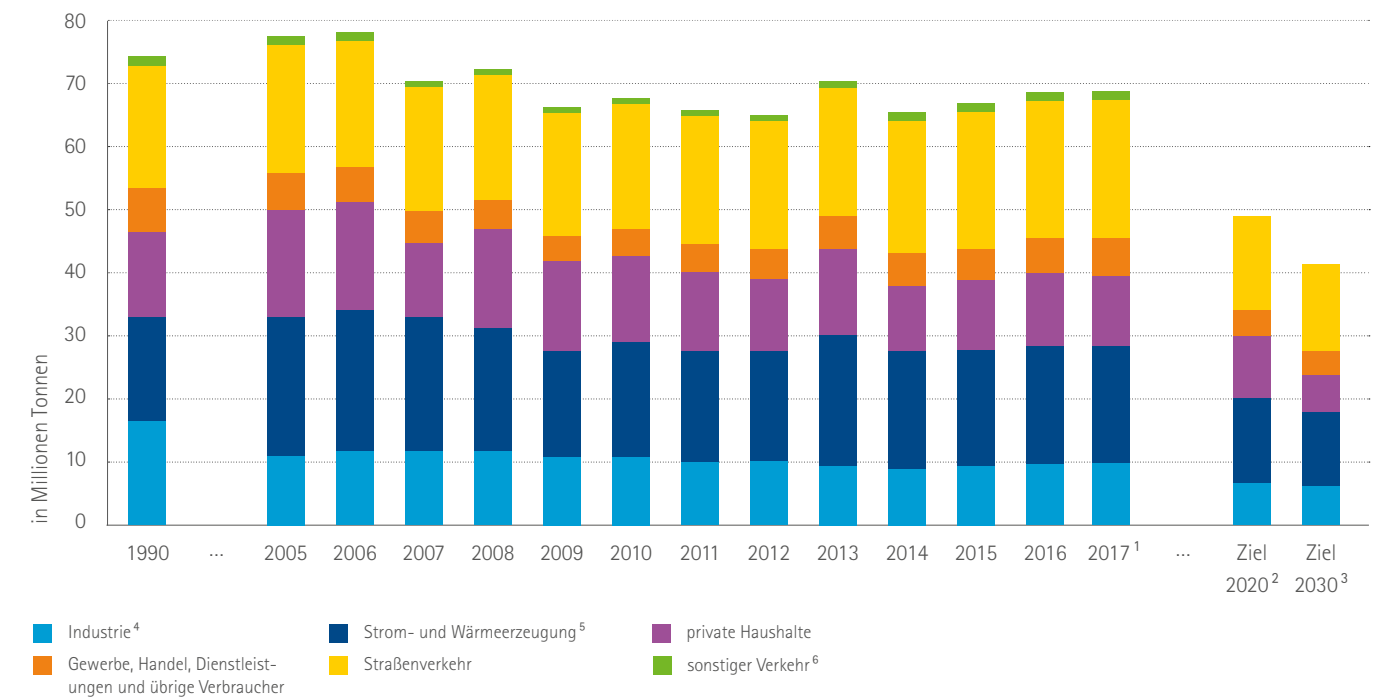
Sicher, zukunftsorientiert und nachhaltig

Energiepolitik ist Wirtschaftspolitik. Eine stabile Energieversorgung und eine verlässliche Politik beim Umgang mit Emissionen sind elementar wichtig für die Betriebe in Baden-Württemberg. Als kritische Infrastruktur muss die Energieversorgung jederzeit gewährleistet bleiben und darf auch durch den Kohleausstieg nicht gefährdet werden. Auch sollte die Energiepolitik für alle Unternehmen in den verschiedenen Sektoren des Energiesystems einen langfristigen und verlässlichen Rahmen für Investitionen und strategische Entscheidungen setzen.

Um die anspruchsvollen Klimaschutzziele erreichen zu können, gilt es, Beiträge zur Treibhausgasneutralität durch technische Verfahren stärker in Betracht zu ziehen. Die Entwicklung der besten zukunftsfähigen Technologien gelingt nur mit Technologieoffenheit. Daher sollte gelten: Entwicklung emissionsarmer Technologien sektorübergreifend vorantreiben. So können Sprunginnovationen beispielsweise im Wärme-/Kältebereich zum Einsatz kommen.



Abb. 4:
Entwicklung der energiebedingten CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg 1990 bis 2017 sowie Ziele für 2020 und 2030 nach Sektoren



Datenquellen: Länderarbeitskreis Energiebilanzen (LAK), eigene Berechnungen.
Berechnungsstand: Frühjahr 2019.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2019

- 1 Vorläufige Werte.
- 2 Sektorziele der Treibhausgasminderung des IEKK vom Juli 2014.
- 3 Eckpunkte zur Weiterentwicklung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg vom 21.05.2019.
- 4 Industrielle Feuerungsanlagen, industrielle Wärmekraftwerke, sonstige Energieumwandlung (Erdöl-/Erdgasgewinnung, Raffinerien) sowie Fackel- und Leitungsverluste.
- 5 Die Ziele beziehen sich nur auf die Stromerzeugung. Für die Wärmeerzeugung keine Ziele definiert.
- 6 Keine Ziele definiert. Schienen-, Luftverkehr (nur nationaler Anteil), Binnenschifffahrt und Off-Road-Verkehr.

Die Wirtschaft engagiert sich

Die baden-württembergischen Unternehmen bringen sich vielfältig bei der Energieerzeugung ein und produzieren eigenen klimafreundlichen Strom. Im Folgenden ist eine Auswahl aufgeführt, um das betriebliche Engagement beim Klimaschutz konkret aufzuzeigen.



Mineraloelraffinerie Oberrhein (MiRO) & Stadtwerke Karlsruhe

Mineraloelraffinerie Oberrhein (MiRO) und die Stadtwerke Karlsruhe, Karlsruhe, MiRO wurde 1996 gegründet und hat, wie die Stadtwerke Karlsruhe, über 1 000 Mitarbeitende. MiRO ist ein nach ISO 14001 und DIN EN 50001 zertifiziertes Unternehmen, welches Strom durch werkseigene Kraft-Wärme-Kopplungsturbinen erzeugt. Dadurch wird weniger Primärenergie verbraucht, als zur konventionellen fossilen Stromerzeugung nötig wäre. Seit 2010 besteht mit den Stadtwerken Karlsruhe ein gemeinsames Großprojekt zur Wärmeauskopplung aus der Raffinerie. Die Raffinerie speist überschüssige Niedertemperatur-Prozessabwärme aus beiden Werkteilen in das Karlsruher Fernwärmenetz ein. Diese Wärme wird nicht extra erzeugt, sondern würde sonst ungenutzt an die Umwelt abgegeben werden. Durch das Projekt kann jährlich der Ausstoß von über 100 000 Tonnen CO₂ vermieden werden. Aktuell werden fast 32 000 Wohnungen und ungefähr in der gleichen Größenordnung Gewerbe-, Handels-, Dienstleistungs- und Industriebetriebe mit Fernwärme versorgt.

LiftTec GmbH

LiftTec GmbH, Donaueschingen, wurde 1997 gegründet und hat 32 Angestellte. Die Firma baute in den Jahren 2016/2017 einen Neubau für die Verwaltung und Produktion. Das Gebäude wurde hierzu zukunftsweisend im Passivhausstandard errichtet und das Energiekonzept wurde auf der Basis erneuerbarer Energien umgesetzt. Es wurde ein Klein-Blockheizkraftwerk installiert, das im Winter die benötigte Wärme erzeugt und im Sommer mittels Adsorptionswärmepumpe aus Wärme Kälte erzeugt. Somit wird die erforderliche Kühlenergie ökologisch bereitgestellt. Das Ganze wird unterstützt von einer Photovoltaikanlage mit 77 kW Peak und einer Lüftungsanlage mit über 80 Prozent Wärmerückgewinnung. Es kann dadurch jährlich eine Energieeinsparung von 13 042 kWh und eine CO₂-Einsparung von 32 Tonnen CO₂-Äquivalenz erreicht werden. Der Jahresprimärenergiebedarf liegt bei 72 Prozent unter Energieeinsparverordnung (EnEV). Das Gebäude erfüllt damit schon heute die Anforderungen an die künftig von der EU geplanten „nearly Zero Energy Building“-Richtlinie.

EnergieWerk Hofgut Sternen

Das Hofgut Sternen, Breitnau, gehört zur Unternehmensgruppe DRUBBA mit über 250 Mitarbeitenden und ist seit Jahrhunderten als Wirts- und Gasthaus bekannt. Mit seinem innovativen EnergieWerk hat das Hofgut Sternen nicht nur seine Tradition, sondern auch die Zukunft im Blick. Seit 2016 versorgt sich das Hofgut selbst mit eigener Wärme und Energie aus lokalen und erneuerbaren Energiequellen. Dabei wird der aktuell jährliche Strom- (610 000 kWh) und Wärmebedarf (700 000 kWh) gedeckt. Die vier lokal verfügbaren Energiequellen dafür sind: Sonne, Holz, Grauwasser für Strom und Wärme sowie Quellwasser für Klimatisierung. Zur weiteren Energieeinsparung und -optimierung wird ein intelligentes Steuerungssystem, Smart Grid, verwendet.

Stadtwerke Heidelberg

Die Stadtwerke Heidelberg, Heidelberg, können ihre Tätigkeitsfelder bis ins Jahr 1872 zurückverfolgen und beschäftigen heute über 1 000 MitarbeiterInnen. Seit 2010 baut das kommunale Unternehmen den Anteil grüner Energien an seiner Fernwärme kontinuierlich aus: Bis Frühjahr 2020 ist er von Null auf rund 50 Prozent gestiegen. Im November 2019 haben die Stadtwerke Heidelberg zudem einen Energie- und Zukunftsspeicher mit dem Fernwärmenetz verbunden. Wie eine überdimensionale Thermoskanne lagert er bis zu 20 Millionen Liter heißes Wasser ein. In Kombination mit Elektrodenheizkesseln, sogenannten Power-to-Heat-Anlagen, kann so an sonnen- oder windreichen Tagen Strom in Wärme umgewandelt und gespeichert werden. Bei Bedarf wird das heiße Wasser in das Fernwärmenetz eingespeist. Dieser Puffer ermöglicht es, den Einsatz von Öl und Gas aus Spitzenlastheizwerken zu reduzieren. So wird das Energiesystem flexibler und der CO₂-Ausstoß zusätzlich gesenkt.



Impulse an die Politik

Diese Beispiele zeigen unterschiedlichste Klimaschutzmaßnahmen der Unternehmen auf. Daher sollten die politischen Rahmenbedingungen diese Vielfalt aufgreifen, um alle Betriebe optimal zu unterstützen. Hinsichtlich von Energieeigenerzeugungsanlagen, wie beispielsweise Photovoltaik, sollte mehr auf Freiwilligkeit gesetzt werden. Ebenso wichtig sollte die diskriminierungsfreie Erzeugung sein, da dies eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz der Energiewende in der Wirtschaft ist. Durch ausgewogene Anreize sollte der technische Fortschritt erleichtert und damit gestärkt werden. Aus Sicht der Wirtschaft kann der Klimaschutz bei der Energieerzeugung bestmöglich unterstützt werden, wenn folgende politische Rahmenbedingungen Beachtung finden:

Stromnetzausbau europäisch denken

Mittelfristig gedacht braucht unsere Wirtschaft den Windstrom von den ertragreichen Standorten aus dem Norden und damit den Stromnetzausbau. Empfehlenswert wäre es, den Stromnetzausbau europäisch zu denken, mit leistungsfähigen, länderübergreifenden Strukturen. Die Landesregierung sollte für einen zügigen Ausbau auch Informationsbarrieren in der Bevölkerung abbauen und Akzeptanz fördern. Gutes Beispiel hierfür ist der SuedLink-Dialog. Ebenso wichtig für die Energiewende ist der Verteilnetzausbau mit intelligenten Netzen, um die Einspeisung und Nutzung erneuerbarer Energien im großen Stil zu ermöglichen. Der rasche Umbau zu intelligenten Netzen sollte von der Landespolitik durch den Einsatz für bessere regulatorische Rahmenbedingungen unterstützt werden.

CO₂-Reduktionstechnologien weiterentwickeln und Energiespeicher flexibilisieren

Die Verfolgung besonders ehrgeiziger Ziele bedarf der Weiterentwicklung und Realisierung innovativer CO₂-Reduktionstechnologien. Die Einführung von CO₂-Reduktionstechnologien wie „Carbon Capture and Utilization“ (CCU) oder „Carbon Capture and Storage“ (CCS) kann einen wesentlichen Beitrag zur Eindämmung des Klimawandels leisten. Die Rahmenbedingungen sollten so gestaltet werden, dass wirtschaftliche CO₂-Reduktionstechnologien auch tatsächlich eingesetzt werden können. Dabei sollten mehr Pilotprojekte umgesetzt werden, um den Einsatz in der Praxis erproben zu können und schnell Skaleneffekte zu erzielen.

Um Flexibilisierungsoptionen bei Energiespeichern nutzen zu können und um mehr erneuerbare Energien in die bestehende Energieinfrastruktur zu integrieren, sollten die aktuellen Speichermöglichkeiten weiter verbessert werden. Eine ausgereifte Technologie beispielsweise zur Stromspeicherung sind Pumpspeicher. Sie können flexibel zur Versorgungssicherheit des Energiesystems beitragen. Darüber hinaus sollte auch die Entwicklung und der Einsatz weiterer Speichertechnologien und Flexibilitätsop-



nen, z. B. „Power-to-X“¹ oder „Demand Side Management“, gleichermaßen stärker gefördert werden. Mit „Power-to-X“ werden zunehmend innovative Lösungen entwickelt und die sogenannte „Sektorkopplung“ gestützt. Aber auch mit Mikro-KWK-Anlagen wachsen beispielsweise die Segmente Strom und Wärme stärker zusammen. Speicher können somit für die Verknüpfung der Sektoren eine entscheidende Rolle spielen und das Klima schützen.

Forschungskooperationen weiter ausbauen

Zukünftig sollten die Forschungskooperationen zwischen Unternehmen und den baden-württembergischen Hochschulen sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen weiter intensiviert werden. Ein enger Austausch zwischen Wissenschaft und Unternehmen ist notwendig, um neuste Forschungserkenntnisse noch schneller in die tägliche Arbeit der Unternehmen einfließen zu lassen. Interdisziplinäre Teams sind hierbei förderlich, da die Themenbreite größer ist und verschiedene Denkweisen anzutreffen sind. Gerade durch die voranschreitende Digitalisierung und die Entwicklung künstlicher Intelligenz (KI), sind künftig technische Fortschritte zu erwarten, die den Unternehmen helfen können, weitreichende Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen und gleichzeitig mithelfen, die Wettbewerbsfähigkeit der Südwestwirtschaft zu erhalten. Besonders das Thema KI birgt große Potentiale, Effizienzmaßnahmen voranzutreiben und Optimierungsmöglichkeiten zu nutzen. Selbstlernende Systeme können beispielsweise dazu beitragen, Fluktuationen in der Energieerzeugung optimal zu regulieren und so eine möglichst konstante Versorgung zu gewährleisten. Auch kann KI bei der Ressourceneffizienz sehr gut eingesetzt werden, um das Klima zu schützen. Daher sollte in der KI-Strategie des Landes ein weiterer Schwerpunkt auf den Bereich der Energieerzeugung gelegt werden, um die Kooperationen von KMU und Forschungseinrichtungen auszubauen und die Entwicklung zukunftssträchtiger Lösungen zu beschleunigen.

Maßnahmen im Wärmesektor fördern

Umrüstungsmaßnahmen im Wärmesektor sind meist sehr kostenintensiv. Marktorientierte Lösungen sind zwar zu bevorzugen, aber durch gezielte Förderung, wie steuerliche Anreize zur energetischen Gebäudesanierung, könnte dies deutlich beschleunigt werden.

Gut zu wissen

Mit seinem Newsletter „EcoPost“ hält Sie der DIHK über Wissenswertes rund um Umwelt, Energie, Klima und Rohstoffe auf dem Laufenden.

Mehr Informationen und Anmeldung:



IHK-Umfrage 2018: Der Anteil der FuE-Budgets, der intern investiert wird, nimmt aus Sicht der befragten FuE-aktiven Unternehmen in den nächsten Jahren ab. Sie wollen mehr FuE-Mittel nach außen vergeben. Externe FuE-Partner werden wichtiger.

Anteil intern	Anteil extern	
82 %	18 %	aktuell
81 %	19 %	in 12 Monaten
77 %	23 %	in 3 bis 5 Jahren

durchschnittlicher Anteil intern (%)

Quelle: BWHK (Hrsg.) (Juni 2019): „Investitionen baden-württembergischer Unternehmen in Forschung und Entwicklung - Auswertung und Analyse einer Unternehmensbefragung der baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern im Jahr 2018“

¹ Das „X“ steht etwa für Power-to-Heat (Erzeugung von Wärme aus Strom), Power-to-Gas (Erzeugung von Gas aus Strom) oder für Power-to-Chemicals (Erzeugung von Grundchemikalien aus Strom).

4. Industrie

Gut zu wissen



Die Wirtschaftsstruktur Baden-Württembergs ist stark vom produzierenden Gewerbe geprägt. Charakteristisch ist ein Mix aus Großunternehmen und einem breit differenzierten Spektrum an kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Forschungs- und entwicklungsintensive Industriebranchen haben in Baden-Württemberg ein überdurchschnittlich hohes Gewicht.

Mehr Informationen zur Wirtschaftsstruktur unter:



Effizient, innovativ und zuverlässig

Das verarbeitende Gewerbe erwirtschaftet in Baden-Württemberg ca. ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes – das ist national und international Spitze. Besondere Kennzeichen Baden-Württembergs sind neben international bedeutenden Großunternehmen auch die mittelständische Struktur sowie weit verzweigte und tiefe Wertschöpfungsketten. Die Industrie steigert konsequent ihre Effizienz, setzt zunehmend erneuerbare Energie ein, erhöht die Energieeffizienz und vor allem auch die Energieproduktivität. Angesichts globaler Trend-Entwicklungen, wie der Digitalisierung oder Transformation ganzer Wirtschaftszweige, sollte die Politik stärker daran mitwirken, dass die Industrie im Land bleiben kann, um Arbeitsplätze zu sichern. Denn der Wohlstand im Land wird ganz entscheidend davon abhängig sein, ob auch in Zukunft ein Großteil der Wertschöpfungsketten vor Ort bleibt. Neben der Industrie bilden dabei Handel und Dienstleistungen relevante Folgebranchen und werden wegen ihrer hohen wirtschaftspolitischen Relevanz nachfolgend mitbeleuchtet.

Die Wirtschaft engagiert sich

Unsere Unternehmen ergreifen und planen zahlreiche Klimaschutz-Maßnahmen, wie das BWiHK Energiewendebarmometer 2019 zeigt. Klarer Spitzenreiter sind Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Fast die Hälfte der Unternehmen nutzt Abwärme, baut eigene Versorgungskapazitäten erneuerbarer Energien auf, wechselt auf CO₂-ärmere Energieträger oder bezieht Ökostrom, bzw. plant entsprechend, dies zu tun. 37 Prozent der Betriebe nutzen bereits überwiegend erneuerbare Energien oder sind in der Planung dazu.

In puncto Energieproduktivität² zeigt sich, dass die deutsche Wirtschaft beständig an der Einsparung von Energie arbeitet. Betrachtet man die deutsche End-Energieproduktivität im europäischen Vergleich, lag Deutschland über dem Durchschnitt der EU-28.



Im Folgenden sind ausgewählte Klimaprojekte von Unternehmen des Landes aufgeführt, um Klimaschutzmaßnahmen der baden-württembergischen Unternehmen zu veranschaulichen.

Scheplast GmbH Kunststoff Formteile

Die Scheplast GmbH Kunststoff Formteile, Schwendi/Hörsenhausen, hat 50 Angestellte und wurde in den 1970er Jahren gegründet als Hersteller von Kunststoff-Formteilen. Der Betrieb setzt dabei auf technische Teile und intelligente Mehrwegverpackungen aus biobasierten und recycelten Kunststoffen die aus bis zu 100 Prozent nachwachsenden, natürlichen Rohstoffen bestehen und ist nach ISO 9001 und ISO 14001 zertifiziert. Der Betrieb bezieht zu 100 Prozent Öko-Strom. Auf den Dächern wird PV-Strom zum Eigenverbrauch produziert. Das Unternehmen kennt seine Kohlendioxidemissionen und ist auf dem Weg zum klimaneutralen Unternehmen. Scheplast ist Erstunterzeichner der WIN-Charta durch die die Unternehmen im Land Baden-Württemberg ein klares Bekenntnis zu ihrer ökonomischen, ökologischen und sozialen Verantwortung abgeben. Mit der Unterzeichnung der WIN-Charta verpflichten sich die Unternehmen darüber hinaus zu einem regelmäßigen schriftlichen Nachhaltigkeitsbericht. Zudem wurde Scheplast als erstes kunststoffverarbeitendes Unternehmen der Umweltpreis des Landes Baden-Württemberg verliehen.

GUTEX Holzfaserplattenwerk H. Henselmann GmbH + Co. KG

GUTEX Holzfaserplattenwerk H. Henselmann GmbH + Co. KG, Waldshut-Tiengen, mit ca. 200 MitarbeiterInnen wurde bereits 1932 als erster Hersteller von Dämmstoffen aus ökologischer Holzfaser gegründet. Die Produktion umfasst jährlich ca. 700 000 m³ Dämmstoffe aus Holz. Bereits seit 1995 betreibt das Unternehmen ein Qualitäts- und Umweltmanagementsystem nach ISO 9001, ISO 14001 und EMAS und die Produkte werden nach der gültigen Norm DIN EN 13171 produziert. Der Rohstoff für die GUTEX Dämmstoffe sind frische, unbehandelte Hackschnitzel aus nachhaltigem Tannen- und Fichtenholzanbau. Diese fallen als Nebenprodukt bei der Holzbearbeitung an und werden ohne lange Transportwege von umliegenden Sägewerken rund um Waldshut-Tiengen im südlichen Schwarzwald bezogen. Seit 2006 produziert GUTEX Holzfaserdämmstoffe im innovativen Trockenverfahren. In diesem Zuge wurde ein Gas-Blockheizkraftwerk (BHKW) zur Energie- und Wärmeerzeugung errichtet. Durch dieses BHKW wird Strom für den Eigenbedarf erzeugt, das Abgas wird dem Stromtrockner der Trockenanlage zugeführt und somit für die Fasertrocknung genutzt. Dadurch konnte auch ein um 40 Prozent reduzierter CO₂- und Energieverbrauch erreicht werden. Ebenfalls entstehen durch einen guten Prozessaufbau bei der Produktion im Materialfluss praktisch keine Abfälle. Alle anfallenden Abschnitte, Plattenstücke, Staube, etc. werden dem Produktionsprozess wieder zugeführt.

Stimme der Wirtschaft

Die Industrie ist ein zentrales Standbein des Landes, welches „Made in BW“ geprägt und groß gemacht hat. Es gilt deshalb für die Politik geeignete Rahmenbedingungen zu setzen.

Wolfgang Grenke, Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender GRENKE AG, Präsident BWiHK, Präsident IHK Karlsruhe



J. Schmalz GmbH

Die J. Schmalz GmbH, Glatten, wurde 1910 als Rasierklingenfabrik gegründet und ist heute Marktführer in der Automatisierung mit Vakuum sowie für ergonomische Handhabungssysteme mit weltweit 1 500 Mitarbeitenden. Schmalz verfolgt das strategische Ziel, ein Positiv-Energie-Unternehmen zu sein: Das Unternehmen strebt an, die regenerative Eigenerzeugung von Strom (Windkraft und Photovoltaik) und Wärme (überwiegend aus eigener Holzhackschnittel-Heizanlage und Solarthermie) mit dem Verbrauch dauerhaft ausgeglichen zu gestalten. Aktuell kann das Unternehmen seinen Energiebedarf zu 79 Prozent selbst decken. Als produzierendes Unternehmen wird besonders auf die Minimierung des eigenen CO₂-Fußabdrucks Wert gelegt. Durch den Verbrauch von Eigen- und Fremdenergie aus erneuerbaren Quellen bleibt ein Großteil der verbrauchten Energie CO₂-neutral. Nur die ergänzend eingesetzten Treibstoffe für den Fuhrpark und Heizöl emittierten im Jahr 2018 insgesamt 855 Tonnen CO₂. Die nicht selbst verbrauchten Anteile der Wind- und Photovoltaik-Energie wurden in das öffentliche Stromnetz eingespeist und vermieden damit zeitgleich CO₂-Emissionen in Höhe von 1 059 Tonnen, die ansonsten durch die konventionelle Erzeugung von Strom entstanden wären. Das Unternehmen produziert CO₂-neutral. Die Bemessungsgrundlage erfolgt über die Ermittlung der Treibhausgas-Emissionen nach dem Greenhouse Gas Protocol. Dabei werden die Emissionen in Scope eins und zwei berücksichtigt. Die indirekten Emissionen in Scope drei werden nicht mit einbezogen. Die CO₂-Bilanz aller bei Schmalz produzierten Güter wird im Herstellungsprozess deutlich entlastet.

Fink GmbH Druck und Verlag

Der Fink in Pfullingen, ist seit 1959 ein Familienunternehmen mit insgesamt 360 Angestellten in Druckerei und Verlag. Seit 2017 hat die Fink GmbH sämtliche Rohstoffe und Materialien, die für die Herstellung der Druckprodukte benötigt werden, in ihrer Beschaffung und Produktion auf einen Umkreis von maximal 100 Kilometern eingeschränkt. Dadurch entstand die Marke „100% lokal®“. Das einzige, was das Unternehmen nicht lokal beziehen kann, sind die Farbpigmente in den Druckfarben, da es weltweit nur vier Pigmentbörsen gibt. Zur Umstellung in eine nachhaltigere Produktion hat der Betrieb durch Investitionen in hocheffiziente Druckmaschinen eine energetische Einsparung von über 35 Prozent bewirkt und hat als zusätzlichen Ausgleich den Einsatz von 100 Prozent Ökostrom als auch Ökogas in der Produktion veranlasst. Dadurch hinterlässt die Fink GmbH den kleinstmöglichen CO₂-Fußabdruck. Weiter geht es aber noch mit den Inhaltsstoffen. Die Druckerei wird in den kommenden 2 Jahren die Druckproduktion nochmals umstellen. „Kompostierbar“ sollen alle Produkte sein. Das Knowhow der Druckerei in Sachen Nachhaltigkeit lässt sich bei den Kunden gut an. Erst im Gespräch mit der Druckerei bemerkt man, was man selbst verbessern kann.

Impulse an die Politik

Die Betriebe im Land nehmen den Klimaschutz ernst. Dabei sollten insbesondere die KMU in den Fokus genommen werden, da diese mit einem Anteil von mehr als 99 Prozent an der baden-württembergischen Unternehmenslandschaft das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden. Unsere KMU sind Triebfeder für Innovationen, Investitionen, sichere Arbeitsplätze und Wachstum. Die Politik kann unsere Unternehmen im Klimaschutz weiter durch folgende Rahmenbedingungen unterstützen.

Innovationsfähigkeit besonders von KMU fördern



Kleinere Unternehmen verfügen oft über weniger Informationen als Großunternehmen. Gerade für KMU sollte daher möglichst viel Sensibilisierungsarbeit geleistet werden, um die Vorteile von Klimainnovationen aufzuzeigen und diese dann rasch realisieren zu können. Es ist wichtig, dass geeignetes Fachpersonal vorhanden ist, um besonders KMU passgenaue Lösungsvorschläge zu machen. Hierfür sind niederschwellige Beratungsangebote und Innovationsprojekte zentral.

Ein weiteres Instrument sind die erfolgreichen Innovationsgutscheine des Landes. Diese sollten ausgebaut werden, um besonders bei KMU weitere Klimaschutzpotentiale zu heben. Dabei könnte auch die Innovationsintensität der Unternehmen verbessert werden. Eine weitere Maßnahme besteht in der Ausgestaltung der angedachten Klimaschutzstiftung des Landes. In ihr könnten relevante Instrumente gebündelt und ausgebaut werden, die Breitenwirkung entfalten. Gerade durch eine solche Ausweitung von Klimainnovationen im Land kann das Klima nachhaltig geschützt werden. Allerdings sollte dabei auf keinen Fall das Ordnungsrecht gestärkt werden, um die Unternehmen zu Einsparungen und Effizienz zu zwingen. Ganz im Gegenteil sollten Innovationen vielmehr durch Marktanreize wettbewerbsfähig sein, um zukünftig ggf. auch für andere Branchen oder Märkte interessant zu sein.

Innovation geht nicht ohne Investition. Wie aktuelle BWIHK-Zahlen zeigen, halten Unternehmen die steuerliche Forschungsförderung, die seit Anfang des Jahres zusätzlich greift, als Standortfaktor für ebenso wichtig wie die bewährte Zuschussförderung. Deshalb empfiehlt der BWIHK, dass sich das Land beim Bund weiter dafür einsetzt, die bislang vorgesehene maximale Fördersumme von 500 000 Euro pro Unternehmen und Wirtschaftsjahr zu erhöhen. Denn diese starre Deckelung beschränkt die Anreizwirkung. Mit einer Erhöhung könnten Klimainnovationen stärker in der Fläche entstehen und so ihre volle Wirkung entfalten.

Ein weiterer Ansatz könnte die Veranstaltung von „Hackathons“ sein, um neue und innovative Lösungen für drängende climatechnische Fragen zu finden. Dabei können insbesondere Start-ups und KMUs mit ihren grünen Innovationsideen unterstützt werden, sofern die Umsetzung der entstandenen Ideen finanziell abgesichert ist. Die Bundesregierung hat dabei bereits erste gute Erfahrungen mit dem Hackathon „WirvsVirus“ (März 2020) gemacht. Die Evaluation dieses Hackathons gibt wertvolle Hinweise zur erfolgreichen Umsetzung für weitere Hackathons.



Gut zu wissen



Die Wirtschaft in Baden-Württemberg engagiert sich für die Energiewende und den Klimaschutz, trotz ungewisser Rahmenbedingungen. Wie die Erwartungen und Einschätzungen der Unternehmen sind, erfasst regelmäßig das DIHK-Energiewendebarometer, BW-Auswertung.

Hier geht es zum Download:



Planungssicherheit sollte gegeben sein



Ein wichtiger Faktor ist die Verlässlichkeit und Langfristigkeit der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Stetigkeit im Verhalten des Gesetzgebers ist von elementarer Bedeutung für die Innovationsplanungen der Unternehmen, da oft lange Amortisationszeiten in Kauf genommen werden müssen. Grundsätzlich sollten die EU-Vorgaben 1:1 im Bund beziehungsweise im Land angewandt werden und nicht darüber hinaus gehen. Eine einseitige Verschärfung verzerrt den Wettbewerb, schränkt die Verlässlichkeit politischer Rahmenbedingungen ein, erzeugt verzichtbare Bürokratie und sollte vermieden werden.

Besonders beim Infrastrukturausbau sollte aus Sicht der Südwestwirtschaft mehr Verlässlichkeit herrschen. Für die Planung aller Infrastrukturvorhaben – dies gilt für Verkehrsinfrastrukturvorhaben ebenso wie für den Stromnetzausbau – sind mehrstufige Planungs- und Genehmigungsverfahren erforderlich. Daher sollten die Planungsstufen für Infrastrukturvorhaben reduziert werden, um beispielsweise Windkraftanlagen rascher bauen zu können.



CO₂-Bepreisung realistisch ausgestalten



Ein zielführendes Instrument kann zwar die geplante CO₂-Bepreisung sein. In seinem Vorschlag berücksichtigt der Gesetzgeber jedoch nicht in ausreichendem Maße die Notwendigkeit von Kompensationen. Diese sollten die Zusatzbelastungen für die Wirtschaft in Summe ausgleichen und damit helfen, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu sichern.

Das nationale Handelssystem wird eine große Zahl von Unternehmen erheblich belasten. Die regionale Wirtschaft hat ohnehin im Bereich der Stromkosten bereits heute einen deutlichen Wettbewerbsnachteil im Vergleich zu anderen Nationen, unter anderem zum Nachbarn Frankreich. Zu diesen bestehenden Nachteilen des Wirtschaftsstandorts tritt ohne ausreichende Kompensation eine neue Belastung hinzu. Sollte es für den nationalen Emissionshandel keine ausreichende Kompensationsmöglichkeiten geben, könnte unter Umständen eine Verlagerung von CO₂-Emissionen ins Ausland (Carbon leakage) stattfinden.

Bei der kurzen Zeitspanne bis zur Einführung ist zu beachten, dass viele Unternehmen aufgrund mangelnder Alternativtechnologien ihr Verhalten nicht einfach an die Vorgaben anpassen können. Dies gilt unter anderem für die Bereitstellung von Prozesswärme, die Verbrennung kohlenwasserstoffhaltiger Abfälle oder für die Nutzung von Treibstoffen im Fern-Lkw-Verkehr. Betriebe können den anstehenden Kosten des CO₂-Preises nicht ausweichen, weil hier alternative Technologien gänzlich fehlen oder nicht wirtschaftlich darstellbar sind. Es entstehen also erhebliche Mehrkosten in allen Branchen, die der internationale Wettbewerb so nicht zu tragen hat. Die direkte Belastung der Wirtschaft übersteigt die geplante Entlastung über die EEG-Umlage deutlich. Vor allem diejenigen Unternehmen, die nicht so sehr von der EEG-Umlagereduzierung profitieren, werden überproportional belastet. Weitere Kostensprünge in den Jahren 2026 und danach sind im Gesetz angelegt. Ob die EEG-Umlage mit dem steigenden CO₂-Preis über 2023 hinaus weiter abgesenkt wird, ist unklar. Gerade in diesem kritischen Umfeld benötigen die Unternehmen Entscheidungssicherheit. So sollten neue Instrumente zur CO₂-Bepreisung nur mit angemessenem Vorlauf und einem für mehrere Jahre im Voraus kalkulierbaren Entwicklungspfad eingeführt werden. Auch unter Berücksichtigung vorgesehener Fördermittel zur CO₂-Minderung in Unternehmen bleibt das deutliche Missverhältnis von Be- und Entlastung bestehen.

Es sollte daher eine breit wirksame, ausreichende Kompensation für alle Unternehmen über den Strompreis und eine direkte Kompensation für stark betroffene Unternehmen angedacht werden. Die Lenkungswirkung einer CO₂-Bepreisung für kommende Investitionsentscheidungen bleibt davon unberührt.

Dieser Reduktion sollten dann Reformschritte des Steuer- und Abgabensystems folgen, um beispielsweise die EEG-Umlage in den nächsten Jahren vollständig abschmelzen zu können oder um den Selbstverbrauch von Strom wieder zu begünstigen.





Klimarelevante Gründungen und neue Ideen unterstützen



Unsere Unternehmen sind gefragt, neue Wege zu beschreiten, um den Ausstoß von Treibhausgasen im eigenen Betrieb deutlich zu reduzieren. Wirtschaftsförderung sollte der Wirtschaft insgesamt zugute kommen und es sollten keine Branchen selektiv herausgegriffen werden. Sie sollten zudem einen engeren Austausch mit etablierten Unternehmen sowie Forschungseinrichtungen haben können. Durch Schaffung entsprechender Anreize könnten die Ansätze breitenwirksam und wirtschaftsfreundlich realisierbar sein.

Beispielsweise kann der Ressourceneinsatz in vielen Bereichen durch künstliche Intelligenz gesenkt werden, was ein nachhaltiges Geschäftsmodell darstellen kann. Um klimarelevante Gründungen zu erleichtern, bedarf es der Aufstockung von Fördermaßnahmen des Landes wie „Pre-Seed“ oder des Venture Capital Fonds. Ebenso wichtig ist, dass die Startup Ökosysteme weiter ausgebaut und besser vernetzt werden.

Internationalisierung voranbringen und Klimaschutz exportieren



Baden-Württemberg und Deutschland können nicht alleine zu einer wirksamen Reduktion der globalen Treibhausgase beitragen. Sie können aber aufzeigen, mit welchen Lösungen und Umwelttechnologien sich Klimaschutz praktisch umsetzen lässt. Diese Technologien sind für die weltweite Anwendung jedoch nur dann attraktiv, wenn sie wirtschaftlich realisiert und betrieben werden können. Die Entwicklung innovativer Technologien gelingt aber nur in einer leistungsfähigen Wirtschaft. Dazu sollte die Politik bestehende Exportinitiativen im Umwelt- und Energiebereich vorantreiben und dabei auch auf eine intensivere Zusammenarbeit mit den deutschen Auslands-handelskammern setzen – die AHKs haben die nötigen Kenntnisse von Markt und Kooperationspartnern. So kann das erfolgreich angewandte Klimaschutzwissen aus Baden-Württemberg zielgerichtet global wirken.

Höchste Priorität bei neuen klimapolitischen Instrumenten sollte eine internationale Ausweitung und Abstimmung der Vorgehensweise haben, gerade auch bei ökonomischen Instrumenten wie Zertifikaten und Steuern. Dabei sollten Sekundäreffekte (wie zum Beispiel gegenläufige Preissignale infolge von ungleichen Randbedingungen oder mögliche Abwanderungen) abgeschätzt und vermieden werden. Die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere von energieintensiven Betrieben darf nicht gefährdet werden. Landesspezifische Sub-Ziele sind insofern zu hinterfragen.

5. IHK: Maßnahmenpakete zum Schutz des Klimas

Die IHKs in Baden-Württemberg stellen sich proaktiv den Zukunftsaufgaben „Schutz des Klimas“ und „Anpassung an den Klimawandel“. Dazu führen sie vielfältige Initiativen und Projekte durch, um die notwendigen Veränderungsprozesse für einen verstärkten Klimaschutz konstruktiv zu begleiten und zu unterstützen. Immer mehr mittelständische Betriebe setzen auf Energieeffizienz und wollen aktiv am Klimaschutz mitwirken. Gleichzeitig fehlt ihnen oft das technische Knowhow, um fit für die Erfordernisse des Klimaschutzes zu werden. Hier setzen die Kammern mit gezielten Projekten an, um besonders KMU zu helfen, das Klima weiter zu schützen.

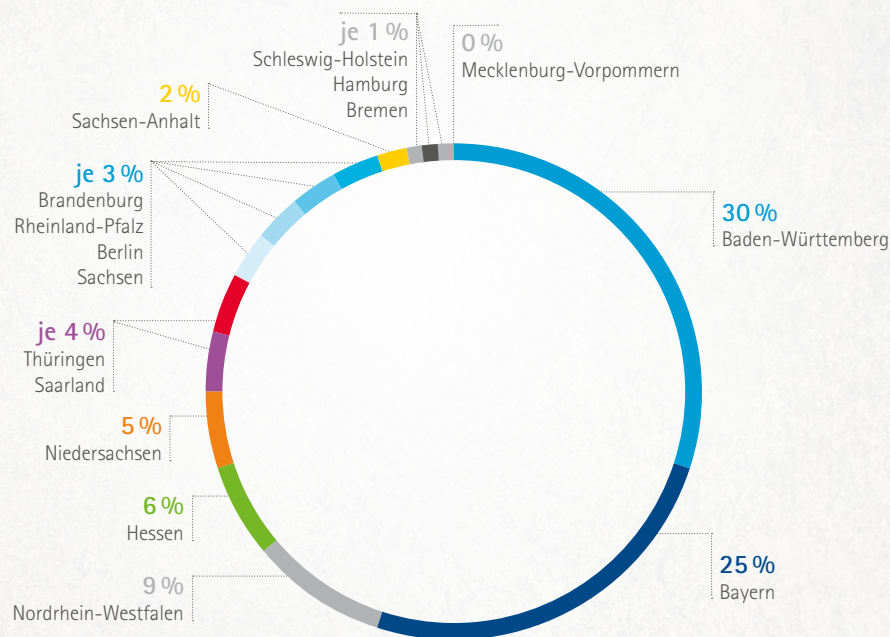
Beispiel Energie-Scouts

Die IHK-Organisation qualifiziert Auszubildende zum „Energie-Scout“. Diese jungen Menschen tragen dann mit dem erworbenen Wissen in ihren Ausbildungsbetrieben dazu bei, Energieeinsparpotentiale zu erkennen, zu dokumentieren und Verbesserungen anzuregen. So erreichen Unternehmen nicht nur eine energetische Optimierung, sondern steigern gleichzeitig ihre Attraktivität als Ausbildungsbetrieb. Alle IHKs in Baden-Württemberg beteiligen sich an diesem Vorhaben. Insgesamt haben im Land seit 2014 fast 2 000 Auszubildende aus über 300 Unternehmen teilgenommen. Nicht nur die Zahlen belegen: Egal ob Druckluft-, Beleuchtungs-, Heizungs-, Maschinenoptimierung, betriebliche Mobilität oder Ressourceneffizienz – die Auszubildenden sind immer wieder mit hoher Motivation bei dieser Qualifizierungsmaßnahme dabei.



Ebenso koordinieren die Kammern „EMAS-Konvois“. Hier bekommen KMUs das grundlegende Handwerkszeug für die Umsetzung des freiwilligen Umweltmanagementsystems EMAS (Energie, Ressourcen, Abfall, Mitarbeitende et cetera) an die Hand. So identifizieren sie systematisch Einsparpotentiale, verbessern kontinuierlich ihre Umweltleistung und sind rechtssicher aufgestellt. In Baden-Württemberg durchliefen bis 2019 354 Organisationen mit 782 Standorten das moderne Management- und Auditsystem.

Abb. 5:
Anzahl/Verteilung der EMAS Organisationen in den deutschen Bundesländern (%)
1154 Organisationen (2231 Standorte im In- und Ausland)



Quelle: Deutsches EMAS Register (www.emas-register.de) DIHK

Weiter wird ein Klimaschutz-Coaching von den IHKs angeboten. Unternehmen erhalten kostenfrei und individuell Informationen und Hilfestellungen zu den Themen nachhaltige Mobilität, Digitalisierung & Klimaschutz, Betrieblicher CO₂-Fußabdruck & Klimaberichterstattung sowie Umweltmanagementsysteme (insbesondere EMAS). Auch wird das Thema Mobilität beim Klimaschutz direkt von den IHKs adressiert. Mit der Qualifizierungsmaßnahme „Betriebliches Mobilitätsmanagement“ bietet die bundesweite Mittelstandsinitiative in Zusammenarbeit mit ihren Partnern aus der IHK-Organisation eine Hilfestellung für die Optimierung von Betriebsmobilität unter ökologischen und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Dieser Ansatz ermöglicht es den Unternehmen, ihren Mitarbeitern, Kunden und Lieferanten ein effizientes und umweltverträgliches Mobilitätsverhalten zu erleichtern beziehungsweise es umzusetzen.

Im Folgenden werden ausgewählte regionale Maßnahmen der zwölf IHKs in Baden-Württemberg aufgeführt, um die Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen zu verdeutlichen.

Bodensee-Oberschwaben

Die IHK Bodensee-Oberschwaben beteiligt sich an der „Mittelstandsinitiative Energiewende und Klimaschutz 3.0.“ Hierbei führt sie ein Klimaschutz-Coaching durch. Die Unternehmen werden sensibilisiert und bekommen Impulse zu den Kernthemen Mobilitätsmanagement, Energieeffizienz, Klimaberichterstattung in KMU, EMAS-Managementsystemen und Umweltberichterstattung für KMUs. Durch das Coaching werden Maßnahmen zur Verringerung von Treibhausgasemissionen angesprochen. Auch werden nachhaltige Mobilitätsangebote für Unternehmen erfahrbar gemacht.

Heilbronn-Franken

Die IHK Heilbronn-Franken hat die Energie-Scouts aus einem regionalen Firmenprojekt weiterentwickelt und das Konzept in die Fläche gebracht. Eines der ältesten Energieeffizienznetzwerke Deutschlands ist hier zu Hause. Darüber hinaus werden der jährliche süddeutsche Energieeffizienztag und der Energiegipfel, in Kooperation mit der IHK Würzburg-Schweinfurt, zur Sensibilisierung zu aktuellen Themen Energieeffizienz und Klimaschutz veranstaltet.

Hochrhein-Bodensee

Seit 2014 werden bei der IHK Hochrhein-Bodensee zweimal jährlich Kurse für Energiescouts in Schopfheim und Konstanz durchgeführt. Dazu haben einige Unternehmen Inhouse-Kurse zusammen mit der IHK durchgeführt. Auch bietet die Kammer Tipps für die nachhaltige Unternehmensmobilitäten, um CO₂-Einsparpotentiale leichter zu erkennen. Zudem informiert die Kammer regelmäßig über die Publikation „Umweltdienst-IHK“ ihre Mitgliedsunternehmen über Gesetzesvorhaben und Klimaschutzmaßnahmen.

Karlsruhe

Die IHK Karlsruhe hat zusammen mit Unternehmen aus der Region die Karlsruher Energieschule etabliert. Damit sorgt sie für einen themenspezifischen Erfahrungsaustausch der Unternehmen in der Region zu technischen und organisatorischen Maßnahmen. Schwerpunktthema 2019 war Mobilität. 2020 beschäftigt sich die Energieschule mit unterschiedlichen Wegen zur CO₂-Einsparung und Klimaneutralität. Auch führt die Kammer Veranstaltungen unterschiedlicher Formate – vom Workshop über Vortrags- und Ganztagsveranstaltungen bis hin zu Betriebsbesuchen vor Ort – durch.



IHK Bodensee-Oberschwaben

weingarten.ihk.de

IHK Heilbronn-Franken

heilbronn.ihk.de

IHK Hochrhein-Bodensee

konstanz.ihk.de

IHK Karlsruhe

karlsruhe.ihk.de



IHK Nordschwarzwald

nordschwarzwald.ihk24.de

Nordschwarzwald

Die IHK Umweltakademie Freudenstadt qualifiziert in den Bereichen Umweltschutz und Nachhaltigkeit, u. a. Beauftragte im Umweltschutz, Umweltauditoren, Energie-Auditor (IHK), Energie-Manager (IHK) und bietet Grund- und Fortbildungen an. Ebenso ist die IHK Nordschwarzwald Konsortialführer der Kompetenzstelle Energieeffizienz. Die IHK führt hierfür die Aufschlussberatungen der Mitgliedsunternehmen vor Ort durch und hält Informations- und Beratungsaktivitäten zu den Themen Energie- und Ressourceneffizienz bereit.

IHK Ostwürttemberg

ostwuerttemberg.ihk.de

Ostwürttemberg

Die IHK Ostwürttemberg führt regelmäßig den „Energiegipfel Ostwürttemberg“ durch. Seit 2017 werden hierbei mit Vorträgen und Podiumsdiskussion die Themen „Energie- wende im Land und deren regionale Auswirkungen in Ostwürttemberg“ oder „Auswirkungen des Klimawandels auf die Unternehmen“ adressiert. Das Thema Klimaschutz steht auch bei Empfängen oder der Vollversammlung – dem Parlament der Unternehmen – oben auf der Tagesordnung.

IHK Region Stuttgart

stuttgart.ihk24.de

Region Stuttgart

Die IHK Region Stuttgart hat in der Broschüre „Energieeffizienzmaßnahmen in Unternehmen“ Beispiele beschrieben, wie die vorgestellten Unternehmen in vorbildlicher Weise Energieeffizienzmaßnahmen erfolgreich umgesetzt haben. Allein durch die ausgewählten Effizienzbeispiele aus den Unternehmen des Energieausschusses der Kammer werden jährlich 1,7 Millionen Kilowattstunden Energie und damit fast 1,3 Millionen Kilogramm CO₂ eingespart. Auch verfügt die Kammer über Bildungspartnerschaften, in denen das Thema Klimaschutz eine Rolle spielt. Weiter stellt die IHK einen Leitfadenergie und Energieeffizienz im Überblick (Logistik) zur Verfügung.

IHK Reutlingen

reutlingen.ihk.de

Reutlingen

Die IHK Reutlingen und die Hochschule Reutlingen haben gemeinsam im Jahr 2014 das geförderte ZIM-Projekt „Virtuelles Kraftwerk Neckar-Alb“ gestartet. Dieses wurde an der Hochschule Reutlingen umgesetzt. Mittlerweile beteiligen sich zahlreiche Partner am Netzwerk und unterschiedliche hochwertige Projekte konnten aufgebaut und umgesetzt werden. Seit 2018 wird dieses Netzwerk in Form eines IHK-Netzwerks an der IHK Reutlingen fortgeführt. Auch bietet die Kammer das „Netzwerk Nachhaltigkeit“ an. Im IHK-Netzwerk Nachhaltigkeit geht es um die Übernahme von ökologischer, ökonomischer und sozialer Verantwortung. Der Fokus liegt dabei insbesondere auf umwelttechnischen Aspekten im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit. Das Netzwerk vermittelt aktuelle Informationen und fördert den Fach- und Erfahrungsaustausch.

IHK Rhein-Neckar

rhein-neckar.ihk24.de

Rhein-Neckar

Die IHK Rhein-Neckar hat das Bildungskonzept „klimAZUBI“ entwickelt. Darin sind Lernmodule für die Auszubildenden enthalten, welche sie in puncto Klimaanpassung qualifizieren. Ausgezeichnet wurde dieses Projekt mit dem „Blauen Kompass 2018“ des Umweltbundesamtes. Ebenso wird das Thema Wasserstoff fokussiert. Die MRN GmbH hat mit finanzieller Unterstützung der IHK, von Prognos AG und der Thinkstep AG eine Potentialanalyse zur konkreten Abschätzung der Entwicklungschancen der Wasserstoffwirtschaft in der Region erstellen lassen.

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Die IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg hat das Projekt „Messkoffer“ aufgelegt. Die Kammer stellt interessierten Unternehmen zeitlich begrenzt Messtechnik zur Verfügung, um Energieeffizienzpotentiale aufdecken und heben zu können. So können die teilweise recht teuren Geräte auch kleineren Unternehmen „schmackhaft“ gemacht werden. Und auch hier gilt: Jede dadurch eingesparte Kilowattstunde reduziert den CO₂-Ausstoß. Auch verfügt die Kammer über den Arbeitskreis Energie. In diesem Arbeitskreis sind rund 30 Unternehmen aktiv. Hier werden von den Teilnehmern stetig neue Energieeffizienz- und Klimaschutzprojekte angestoßen, diskutiert und gemeinsam erarbeitet, denn das Geheimnis liegt im regelmäßigen Erfahrungsaustausch der Teilnehmer und im Kennenlernen von Best-Practice-Lösungen.

Südlicher Oberrhein

Die Kammer erarbeitet ein eigenes Klimaschutzkonzept für die IHK. Darüber hinaus führt sie zahlreiche Veranstaltungen zum Thema Klimaschutz durch. So lag ein Fokus beispielsweise auf den Fördermöglichkeiten für Unternehmen, der Photovoltaik oder der Gebäudebegrünung und naturnahen Gestaltung von Firmengeländen. Für das Jahr 2020 liegt der Schwerpunkt auf einer After Work – Veranstaltungsreihe zum Thema „Klimaschutz im Unternehmen“. Darin werden „Fördermöglichkeiten für Unternehmen – Finanzielle Unterstützung für Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Elektromobilität“ herausgestellt, die Energieeffizienz in Unternehmen oder das betriebliche Mobilitätsmanagement behandelt.

Ulm

Energie sparen und effiziente Energienutzung verfolgt die IHK Ulm mit dem Energieeffizienznetzwerk Ulm-Donautal. In dem Netzwerk sind zahlreiche namhafte Ulmer Unternehmen zusammengeschlossen und führen regelmäßig Netzwerktreffen zum Erfahrungsaustausch durch. Ebenso stehen Firmenbesuche auf dem Programm. Auch verfügt die Kammer über einen eigenen Energieausschuss. Dieser befasst sich mit unternehmensrelevanten energierechtlichen und energiepolitischen Fragestellungen auf Europa-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Der Energieausschuss berät unter anderem die Vollversammlung bei energiewirtschaftlichen Inhalten und begleitet den Prozess der Energiewende.

IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg

schwarzwald-baar-heuberg.ihk.de

IHK Südlicher Oberrhein

suedlicher-oberrhein.ihk.de

IHK Ulm

ulm.ihk24.de



Impressum

Verleger und Herausgeber:

Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag e.V. (BWIHK)

Der BWIHK ist die Dachorganisation der zwölf Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg.

Jägerstraße 40, 70174 Stuttgart

☎ 0711 225500-60

@ info@bw.ihk.de

🌐 bw.ihk.de

🐦 @bwiHK

Ansprechpartner:

Dr. Michael Alpert, Geschäftsführer

@ michael.alpert@bw.ihk.de

Dr. Roland Müller-Grundschock, Leiter Politik

@ roland.mueller-grundschock@bw.ihk.de

Susanne Kuch, Referentin Politik und Social Media

@ susanne.kuch@bw.ihk.de

Gestaltung:

Ideenmuehle.com, Eckental

Bildnachweis:

Titel: AdobeStock © Photobank // Seite 5, 7, 8, 14, 15, 16, 19, 20: AdobeStock © malp // Seite 6: AdobeStock © ake1150 // Seite 10: Adobe Stock © bluedesign // Seite 11: AdobeStock © industrieblick // Seite 12: AdobeStock © peterschreiber.media // Seite 18: AdobeStock © Soonthorn // Seite 21: AdobeStock © Kadmy // Seite 22: AdobeStock © Blue Planet Studio // Seite 23: AdobeStock © ferkelraggae // Seite 24: AdobeStock © Rawpixel.com // Seite 25: AdobeStock © Daisy Daisy // Seite 26: AdobeStock © paulaphoto // Seite 27: AdobeStock © Petair // Seite 29: AdobeStock © Andrey Popov

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Stand: August 2020



Wir sind für Sie da



Der BWIHK und die IHKs in Baden-Württemberg

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist die Dachorganisation der zwölf Industrie- und Handelskammern im Land. Er bündelt die Interessen und ist politisches Sprachrohr für mehr als 650 000 Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft aus Industrie, Handel und Dienstleistungsgewerbe. Auch im Bund und in Europa sowie gegenüber dem IHK-Gesamtdachverband in Berlin (DIHK) macht er seine Stimme geltend. Die zwölf Industrie- und Handelskammern (IHKs) sind in der gesamten Fläche des Landes mit regionalen Angeboten von A wie Ausbildung bis hin zu Z wie Zolldokumenten starker Partner für Unternehmen und deren Beschäftigte.